



Frankreichs Gesellschaft vor den Wahlen: Politische Verortung und thematische Prioritäten

Seite 1/4

Schlaglicht 1: Themenfokus Sicherheit unter dem Eindruck des Ukrainekriegs

Im Präsidentschaftswahlkampf 2022 hat sich ein klares Novum ergeben. Durch den Ukrainekrieg, der derzeit die Berichterstattung und politische Debatte in Frankreich dominiert, ist erstmalig ein außenpolitisches Thema in den Fokus der Bürgerinnen und Bürger gerückt, das Einfluss auf ihre finale Wahlentscheidung nehmen könnte. Ein Drittel (33%) der Befragten hält das Thema nach aktuellen Umfragewerten [Stand 14. März 2022] für eine zentrale Herausforderung Frankreichs. Auch Themen, die im direkten Bezug zur aktuellen geopolitischen Instabilität stehen, beschäftigen die Franzosen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen stark. Das Thema Kaufkraft, das bereits seit Beginn des Jahres die Wahldebatten dominiert, bleibt die wichtigste Herausforderung für eine Mehrheit der Wähler, die die Auswirkungen der Krise auf Energie- und Rohstoffpreise verfolgen. An zweiter Stelle befindet sich das Thema soziale Sicherungssysteme; Wähler erwarten in den Themenfeldern Gesundheits- und Rentensystem Reformen von dem zukünftigen Staatspräsidenten. Außen- und europapolitische Themen sind im Alltag der Franzosen angekommen; insbesondere die Frage nach der Rolle Frankreichs in der Welt gewinnt unter dem Eindruck der aktuellen Krise an Zuwachs.

Frage: Welche unter den unten genannten Herausforderungen scheinen Ihnen die drei Wichtigsten für Frankreich? [Meinungsforschungsinstitut OpinionWay 14. März 2022ⁱ]

- **59%** **Kaufkraft** (-3% im Vergleich zum 14. Februar)
- **45%** **Soziale Sicherungssysteme** (-5%)
- **41%** **Sicherheit** (=)
- 33% Migration (-3%)
- 32% Krieg in der Ukraine (n/a)
- 30% Umwelt (-2%)
- 29% Arbeitsplätze (=)
- 28% Bildung (=)
- 27% Kampf gegen Terrorismus (+1%)
- 24% Steuersystem (-2%)
- 20% Staatsverschuldung (-1%)
- 17% Die Rolle Frankreichs in der Welt (+3%)
- 15% Wohnungsmarkt (-2%)
- 12% Europa (=)
- 7% Globalisierung (=)

Nach aktuellen Umfrageergebnissen kommt der Konflikt in der Ukraine derzeit Staatspräsident Emmanuel Macron in der Wählergunst zugute. Er profitiert von einer Form der nationalen Einheit, was im Rahmen einer Präsidentschaftskampagne selten ist. Sechs von zehn Franzosen sind mit seinem derzeitigen Krisenmanagement im Kontext des Ukrainekriegs zufrieden, 17% davon sogar sehr zufrieden.ⁱⁱ In diesem Themenbereich haben die anderen Konkurrenten Schwierigkeiten, sich gegen Emmanuel Macron durchzusetzen, da mehrheitlich ein Konsens über eine harte - aber

auch auf Diplomatie setzende - politische Position gegenüber Wladimir Putin besteht und Macron als Staatspräsident und im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft im Rampenlicht des derzeitigen Krisenmanagements steht. Gleichzeitig bleiben wirtschafts- und sozialpolitische Fragen, wenn auch unter dem Eindruck der geopolitischen Instabilität, von großer Zentralität für die Wähler. Es ist davon auszugehen, dass diese Themen klar die Debatten im Wahlkampf dominieren werden.

Schlaglicht 2: Starkes Wählerpotential im Mitte-Rechts-Lager

Verschiedene französischen Studien und Umfragen weisen aktuell darauf hin, dass die Präsidentschaftswahlen im rechten Parteienspektrum entschieden werden könnten.

Während sich die politische Landschaft in Frankreich als zersplitterter denn je erweist, zeigt sich im Vergleich zum Wahljahr 2017 eine deutliche Veränderung der Wählerschaft auf. Heute verorten sich 37 % der Wähler auf der rechten Seite des politischen Spektrums, indem sie sich auf den Feldern 6 bis 10 der Links-Rechts-Achse positionieren, gegenüber 33 % im Jahr 2017, was einem Anstieg um 4 Punkte entspricht.ⁱⁱⁱ Auf der anderen Seite positionieren sich immer weniger Franzosen links oder in der Mitte. Das linke Parteienspektrum macht 20 % der Wähler aus, gegenüber 25 % vor vier Jahren, und die Mitte 18 %, gegenüber 20 % im Jahr 2017. Bemerkenswert ist, dass fast jeder vierte Franzose (23 %) angibt, sich nicht auf der Links-Rechts-Skala verorten zu wollen.

Trotz des Durchbruchs der Grünen bei den Europawahlen 2019 und der soliden Ergebnisse der Sozialisten bei den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2020 hat das linke Lager kaum Aussichten auf einen Sieg im Wahljahr 2022. Der Think Tank Fondapol verortet einen der Gründe darin, dass die linken Parteien sich weigern, Themen aufzugreifen, deren Berücksichtigung von einem sehr großen Teil der Franzosen als nicht verhandelbar angesehen wird. Diese Prioritäten heißen Innere Sicherheit und Einwanderung. Der Kampf gegen die Kriminalität und die Reduzierung der Migrationsströme, die als Marker der Rechten wahrgenommen werden, wurden zu zentralen Themen, die den Wahlkampf 2022 prägen. Die Studie schlussfolgert, dass die Linke den Kampf um die Arbeiterklasse verloren hat, weil sie die hoheitlichen Themen, die sogenannten „droits régaliens“ des Staates (Sicherheit, Justiz etc.) vernachlässigt hat: „Heute ist eine große Mehrheit (60 %) der Franzosen, die angibt, am Ende des Monats finanzielle Schwierigkeiten zu haben, bereit, für einen der rechten Kandidaten zu stimmen.“

Schlaglicht 3: Starke Heterogenität bei den rechts verorteten Wählern

Auch wenn die potenzielle Wählerschaft der bürgerlich-konservativen und rechten Kandidaten im Februar 2022 rund 45%^{iv} der geäußerten Wahlabsichten auf sich vereint, hängt ihre tatsächliche Stärke davon ab, ob sie sich im Hinblick auf eine Stichwahl gegen Emmanuel Macron vereinen kann und vor allen Dingen will. Es ist zu betonen, dass die Wählerschaft sowohl in ihren Charakteristika als auch in ihren Werten alles andere als homogen ist.^v Es gibt es bei der Verteilung der Sozialkategorien einen klaren Gegensatz zwischen der Wählerschaft von Valérie Pécresse, in der der Anteil der Wähler aus den oberen Schichten am höchsten ist (27%), und der Wählerschaft von Marine Le Pen oder Éric Zemmour (7% bzw. 16%). In dieser Hinsicht ähneln die Wähler von Valérie Pécresse viel stärker denen von Emmanuel Macron (21% aus der Oberschicht).

Es bleibt also die Frage, ob die politischen Einstellungen und Wertesysteme, die sie verbinden, gewisse Annäherungen zwischen den Wählern zulassen können oder nicht. In Bezug auf den Wirtschaftsliberalismus scheint eine gewisse Durchlässigkeit zwischen den Wählern von Valérie Pécresse und Éric Zemmour möglich zu sein, und sie nähern sich in Teilen sogar der Wählerschaft von Emmanuel Macron an, der sich ebenfalls für Wirtschaftsliberalismus einsetzt. Auf die Frage, ob der Staat den Unternehmen vertrauen und ihnen mehr Freiheit geben sollte, antwortete die Wählerschaft von Pécresse zu 77% und die von Zemmour zu 65% positiv, während 62% der Wähler von Emmanuel Macron dieser Aussage zustimmen. Die Wählerschaft von Marine Le Pen liegt zwar etwas zurück (57%), insgesamt sind die Unterschiede zwischen dem bürgerlich-konservativen Lager und der radikalen Rechten in diesem Themenfeld jedoch gering. Anders verhält es sich beim Thema Wohlfahrtsstaat, bei dem sich die LREM- und RN-Wählerschaft von den beiden anderen durch eine stärkere Forderung nach staatlichen Eingriffen unterscheidet. Auf die Frage, ob weniger Beamte benötigt werden, antworteten 69% der Wähler von Valérie Pécresse und 62% der Wähler von Éric Zemmour mit Ja, aber dieser Anteil sinkt bei den Wählern von Emmanuel Macron auf 53% und bei den Wählern von Marine Le Pen auf 49%.

Die Rolle des Staates bei der wirtschaftlichen und sozialen Regulierung ist dementsprechend eine Quelle der Spaltung des rechten politischen Lagers, und zwar viel stärker als die Frage der gesellschaftlichen Werte und insbesondere der Strafrechts- oder Einwanderungspolitik. Beispielsweise beträgt der Anteil derjenigen, die der Meinung sind, dass Frankreich sich in Migrationsfragen stärker abschotten muss, in der Wählerschaft von Valérie Pécresse bei 78 %, in der von Éric Zemmour bei 91% und in der von Marine Le Pen bei 86 %; gegenüber 52 % in der von Emmanuel Macron.

Die gesamte Wählerschaft des rechten Parteienspektrums wird also weiterhin stark durch gemeinsame gesellschaftliche Werte zusammengehalten, die im klaren Gegensatz zum Macronismus stehen, der der Allianz zwischen Wirtschafts- und

Kulturliberalismus treu geblieben ist, die 2017 einen Teil der linken Wähler angezogen hat.

ⁱ Umfrage des Meinungsforschungsinstituts OpinionWay, 14. März 2022

ⁱⁱ Umfrage des Meinungsforschungsinstituts OpinionWay, 4. März 2022.

ⁱⁱⁱ Protestation électorale en 2021 ?, FONDAPOL, Juni 2021.

^{iv} Vgl. hierzu auch die Umfragen der Meinungsforschungsinstitute IPSOS, IFOP und Kantar.

^v Vgl. hierzu Baromètre de la confiance, Cevipof.